



Leitartikel von Ronald Müller, Landesvorsitzender DPoIG M-V, zur Anspannung der Polizei als Bestandteil des öffentlichen Dienstes in der aktuellen gesellschaftlichen Lage.

Schaffen wir die Zukunft oder schafft sie uns?

Ist die Polizei den aktuellen Aufgaben gewachsen? Zugegeben provokant gefragt. Und ja, sie ist es.

Auch dank dem schier unermüdlichen Engagement unserer Kolleginnen und Kollegen schafft es die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern, ja in ganz Deutschland immer wieder, die an sie gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Doch die Aufgaben, die Einsatzsituationen unterliegen dem Wandel der Zeit. Neben den polizeilichen täglichen Kernaufgaben kommen ständig neue Aufgaben und Herausforderungen hinzu. Ständig passieren Dinge in unserem Land, an die vor 10 bis 15 Jahren noch niemand gedacht oder sie für unwahrscheinlich gehalten hat.

So gab es die Ausschreitungen in Leipzig-Connewitz zum Jahreswechsel. Linksextreme Gewalttäter greifen Polizisten an und verletzen Kolleginnen und Kollegen. Ein Verhaltensmuster, das in seiner Form immer weiter um sich greift.

Wer dann aber glaubt, die Politikspitze stehe zur Polizei, Fehl-anzeige.

Die SPD mit Frau Esken an der Spitze hat nichts besseres zu

tu, als hinterher die Gewalt der Linksextremen mit der Polizeipräsenz in dem Stadtteil zu rechtfertigen. Ein sehr merkwürdiges Rechtsverständnis einer Spitzenpolitikerin.

Um die eigene Wählerschaft nicht zu verschrecken, wird die Polizei zum Sündenbock auserwählt. Wenn also Steine geworfen werden, ist die Polizei schuld.

Politische Wertschätzung für die Menschen, die täglich ihren Beitrag leisten und ihr Bestes für die Gesellschaft geben, sieht anders aus.

Dieses Verhalten belastet die Kolleginnen und Kollegen.

Jetzt könnte der geschätzte Leser meinen, dass Leipzig weit weg und Silvester auch schon lange her ist. Dem sei entgegengestellt, dass die Gewalt in diesem Stadtteil von Leipzig ein polizeiliches Dauerthema ist. Leipzig ist durch seine Bevölkerungsstruktur und durch die Universität auch politisch reizempfindlich. Der Anteil an links-alternativen Gruppen, die auch gewaltbereit sind, ist nicht zu unterschätzen. Und schon jetzt macht die linke Szene auf den EU-China-Gipfel vom 13. bis 15. September 2020 in Leipzig auf ihren Internetseiten mobil. Was dies bedeuten kann, wissen wir alle noch sehr gut vom G20 in Hamburg. Wir stehen da deutschlandweit vor einer großen Einsatzaufgabe. Diese wird der Freistaat Sachsen auch mithilfe

der Bundespolizei und den Polizeikräften der anderen Bundesländer sicher erfüllen.

Eine andere extreme aktuelle Gefahr ist der gewalttätige Rechtsextremismus in Deutschland. Dass diese Gefahr mit der Zerschlagung der NSU immer noch nicht gebannt ist, dafür war der 19. Februar 2020 leider wieder ein trauriger Beleg.

Das in Hanau durch einen rechtsextremen Psychopathen verübte abscheuliche Verbrechen, welchem neun Menschen zum Opfer fielen, machte uns alle erschrocken und fassungslos.

Die Folgen für die Familien und Angehörigen der Opfer sind unbeschreiblich. Die aus diesem Anlass eingeleiteten notwendigen weiteren Sicherheitsmaßnahmen zum Schutze der Bevölkerung sind natürlich durch die Polizei zu erbringen. Auch das hat Auswirkungen auf die Kräftebedarfe im gesamten Bundesgebiet.

Oder schauen wir nach Löcknitz. Eine verfestigte Gruppe von Rechtsradikalen beschäftigt unsere Bevölkerung und



> Bei Gesprächen mit Politikern fordern wir die Rechte für unsere Kollegen ein. Hier mit dem Bundstagsabgeordneten Philipp Amthor

unsere Polizei über Wochen. Diese Personen drohen unseren Kollegen bis in das Privatleben hinein.

Diese drei Beispiele stehen exemplarisch für Ereignisse, die in der Folge für Mehrbelastungen der Polizei sorgen. Alles sind Einzelanlässe, die aber über Wochen und Monate die Polizei bindet, um die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

Auf Dauer werden unsere bisherigen Ressourcen ganz sicher nicht ausreichen.



> Auch mit dem IM bleiben wir im Gespräch.

Impressum:
Landesgeschäftsstelle
Hollstraße 13
18273 Güstrow,
Tel.: 03843.682301
Fax: 03843.682303
www.dpolg-mv.de
V.i.S.d.P.: Olaf Knöpken



Die Deutsche Polizeigewerkschaft hatte schon frühzeitig, noch vor dem Personalentwicklungskonzept 2010, darauf hingewiesen, dass der Personalabbau im öffentlichen Dienst eine Gefahr für die Sicherheit in der Bundesrepublik ist.

Die Politik hat ihre Fehler erkannt und eine Kehrtwende bei den Neueinstellungen für den öffentlichen Dienst eingeleitet. Doch diese müssen in den nächsten Jahren auch erst einmal ausgebildet werden. Und ob wir in Mecklenburg-Vorpommern die Einstellungs-

ziele für die Polizei von 325 Bewerber*innen erreichen, ist fraglich. Stehen wir als Bundesland doch in direkter Konkurrenz zu den anderen Bundesländern und den Bundesbehörden.

Somit sind wir nahtlos beim Stichwort Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Wenn unser Land als Dienstherr also in Zukunft geeignete Bewerber*innen für den gesamten öffentlichen Dienst haben will und dann aus diesem Bewerber*innenkreis nach Leistung/Eignung und Befähigung die für die jeweiligen Aufgaben-

bereiche auswählen wollen, dann muss auch der öffentliche Dienst in Mecklenburg Vorpommern attraktiver werden.

Zwar ist M-V in den Beamtenlaufbahnen nicht das Land mit der schlechtesten Bezahlung im Bundesgebiet, aber andere Dienstherren drehen sich heute schon deutlich schneller. Einstiegsamt A 8 in Schleswig-Holstein und Brandenburg, die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage (diesen Status gab es auch mal in Mecklenburg-Vorpommern) in Sachsen wieder eingeführt und in Bayern wurde sie nie angetastet.

Wenn sich also der öffentliche Dienst für die Zukunft aufstellen und die besten Leistungskader haben möchte, dann muss sich die Wertschätzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Beamtinnen und Beamten durch den Arbeitgeber endlich auch in Mecklenburg-Vorpommern drastisch weiterentwickeln.

Denn nicht alles passiert in Mecklenburg-Vorpommern 100 Jahre später. Der Abzug der jungen Generation in andere Bundesländer oder zu den Bundesbehörden hat schon lange begonnen. ■

DPolG beklagt Unsicherheit im Umgang mit dem Coronavirus

Große Sorge bereitet der Deutschen Polizeigewerkschaft der bisherige Umgang mit dem Coronavirus. Die staatlichen Maßnahmen zum Schutz gegen das Virus lassen keine Strategie erkennen, so Rainer Wendt in einem Interview mit der Allgemeinen Augsburger Zeitung. Appelle an die Bevölkerung alleine, würden nicht ausreichen, denn vielerorts herrsche große Verunsicherung. „Die zersplitterte Zuständigkeit trägt nicht zur Beruhigung bei, es fehlt jegliche zentrale Steuerung und Planung“, meinte Wendt, der die Einsatzbereitschaft der

Beamtinnen und Beamten betonte: „Niemand geht nach Hause, wenn Menschen in Gefahr sind.“

Wendt warf zudem der Bundesregierung Versäumnisse beim Krisenmanagement vor. „Wenn jetzt Einsatzabteilungen, Arbeitsgruppen und Krisenstäbe eingerichtet werden, ist dies angesichts wochenlanger Berichterstattung aus dem Ausland sehr spät. In vielen Dienststellen herrscht große Unsicherheit“, sagte er und forderte zusätzliche Anstrengungen. „Wir erwarten vom Ar-

beitgeber, dass die Einsatzkräfte keinen vermeidbaren Gefahren ausgesetzt werden“, erklärte Wendt.

„Schutzmasken und -anzüge müssten bereitgehalten werden, das ist häufig nicht erkennbar“, betonte er (Quelle: DPolG Bund, Allg. Augsburger Zeitung). Auch in den hiesigen Dienststellen geht die Angst vor Ansteckung um. Entsprechende Maßnahmen zur Eindämmung der Krankheit werden situationsbedingt immer wieder auf den Prüfstand gestellt. Bei Symptomen wie Husten, Schnupfen und Fieber ist



> Rainer Wendt im Interview mit der Augsburger Zeitung

der Hausarzt beziehungsweise der Polizeiärztliche Dienst zu konsultieren. ■

Ferien-Info-Tag an der Fachhochschule Güstrow

Der Ferien-Trainingstag an der Fachhochschule in Güstrow bot interessierten jungen Frauen und Männern die Gelegenheit, das Auswahlverfahren probeweise zu absolvieren und sich über den Einstieg in den Polizeiberuf zu informieren. Auch am Infostand der DPolG

konnten einige Fragen beantwortet und die Vorteile einer Gewerkschaftszugehörigkeit aufgezeigt werden. Viele nahmen das Angebot an und werden hoffentlich bald die Polizeifamilie verstärken.

A. Kroege





Schweriner Koalition beschließt Ombudsstelle für Polizei

Ein Ombudsmann beziehungsweise Ombudsfrau erfüllt die Aufgabe einer unparteiischen Schiedsperson. Ein Ombudsrat ist ein mit mehreren Personen besetztes Gremium.

Nach langem Ringen steht jetzt fest: Mecklenburg-Vorpommern bekommt nun auch einen eigenen Polizeibeauftragten. Auf die Einrichtung dieser Stelle haben sich SPD und CDU geeinigt und auf der Landtagsitzung im März beschlossen.

Auf Drängen der SPD wird der Ombudsmann zukünftig Beschwerden und Hinweise von Polizisten und Polizistinnen aufnehmen – wenn nötig auch anonym. Verantwortlich ist der Bürgerbeauftragte. Hintergrund zur Errichtung einer solchen Stelle sei, dass nicht alle Verfehlungen oder Probleme beim Vorgesetzten angezeigt werden – auch aus Angst vor möglichen Repressalien durch Kollegen. Der Ombudsmann ist eine Anlaufstelle, um Probleme und mögliche Rechtsverstöße anzusprechen, so die Befürworter.

Kritik kommt allerdings von der CDU, die gegen die Schaffung einer solchen Stelle Bedenken

hegt. Letztlich überwog aber der Koalitionsfrieden, da zur Durchsetzung der Änderungen im SOG auch die Stimmen der SPD nötig waren.

Den Zeitpunkt der Einrichtung der neuen Ombudsstelle lassen SPD und CDU noch offen. Aus Sicht der Gewerkschaften schüre ein Ombudsstelle nur Ressentiments gegen die Polizei, so die GdP. Landesvorsitzender Schumacher nannte Gewerkschaften, Personalvertretungen oder den Petitionsausschuss des Landtags als mögliche Ansprechpartner, die bereits existieren.

Eine ganz andere Auffassung vertritt der Bund der Kriminalbeamten (BDK), der die Errichtung einer solchen Stelle befürwortet. Sie könne zu einer ehrlichen Fehlerkultur in der Polizei führen, so Marco Limbach vom BDK. Der Ombudsmann sei für die Polizei da und nicht gegen sie. Die Stelle dürfe



© Pixabay.com

kein zahnlöser Tiger werden, sondern müsse mit Rechten und Pflichten ausgestattet werden.

Grundsätzlich positiv hat die DPoIG Mecklenburg-Vorpommern die Nachricht über die Einrichtung einer Ombudsstelle für die Polizei aufgenommen. Das bereits länger geplante Vorhaben der SPD-Landtagsfraktion wurde nun entgegen der kritischen Betrachtung des Koalitionspartners CDU und auch anderer Polizeigewerkschaften durchgesetzt.

Die DPoIG sieht die zusätzliche Personalie, die beim Bürgerbeauftragten Mathias Crone in Schwerin angesiedelt werden soll und als unabhängiger Ansprechpartner für Missstände und mögliche Verfehlungen fungiert, nicht als Kontrollinstanz, sondern als Chance für eine offensive Kommunikations- und Fehlerkultur innerhalb der Polizei.

Erfahrungen aus anderen Bundesländern wie Schleswig-Holstein haben gezeigt, dass ein objektiver Polizeiberater eine wirksame Instanz darstellt, um schädlichen Entwicklungen entgegenzuwirken und sich nicht gegen die Kolleginnen und Kollegen richtet. Zu beachten ist jedoch, dass diese Institution nicht zu einem Denunziantentum führt und zum Austragungsort persönlicher Fehden verkommt. Eine abschließende Beurteilung der Wirksamkeit wird erst nach einer längeren Erprobungsphase möglich sein.

Hintergrund sind die im vergangenen Jahr in die Schlagzeilen geratenen rechtsextremen Aktivitäten in einem Spezialeinsatzkommando (SEK) und deren Verbindungen zur sogenannten „Nordkreuz“-Gruppe. Eine Sonderkommission ermittelte daraufhin und deckte Fehlverhalten in einer Gruppe des SEK auf, die im Ergebnis für einen Ombudsmann votierte. ■

Umstrittenes Polizeigesetz beschlossen

Der Landtag M-V hat die Änderungen im Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (SOG M-V) beschlossen. Die Polizei und Ordnungsbehörden erhalten damit die dringend notwendigen Möglichkeiten zur Gefahrenabwehr, um in weiteren Bereichen präventiv

handeln zu können. Ziel dieser Novellierung des SOG ist es, noch effektiver Straftaten zu bekämpfen und so zum Beispiel Rechtsgüter wie Leib, Leben und Freiheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land noch besser schützen, so Innenminister Caffier.

Mit der Neufassung des SOG M-V können Polizisten künftig in M-V bei drohenden Gefahren wie Terror oder Kindesmissbrauch die Computer und Smartphones Verdächtiger online unbemerkt durchsuchen. Neben klarstellenden Regelungen sind auch zusätzliche Befugnisse aufgenommen wor-

den, damit Ordnungsbehörden und Polizei mit Blick auf die aktuelle Sicherheitslage und den Stand der technischen Entwicklung weiterhin Gefahren effektiv abwehren können.

Zudem wird den in unserem Land eingesetzten Vollzugsbediensteten der Zollverwaltung



eine Eilzuständigkeit eingeräumt. Damit können sie auf der Grundlage des SOG M-V in unserem Land gefahrenabwehrend tätig werden.

Auch der finale Rettungsschuss ist in der Novelle manifestiert. Letztlich gibt es den handelnden Polizistinnen und Polizisten eine rechtssichere Formulierung an die Hand, damit sie bei Amoklagen oder terroristischen Ereignissen fehlerfrei und schnell handeln können.

Auf Vorschlag des Städte- und Gemeindetages M-V wurde ein Festhalterrecht für Ordnungsbehörden im Rahmen von Identitätsfeststellungen neu im SOG M-V formuliert. Bisher stand ein solches Recht nur der Polizei zu. Nunmehr dürfen auch Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamte der Ordnungsbehörden

die von einer Identitätsfeststellung betroffene Person – bis zum Eintreffen der Polizei – festhalten, wenn die Identität auf andere Weise nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten festgestellt werden kann.

Wie es schon in anderen Bundesländern möglich ist, soll auch die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern die Aufnahme einer Rechtsgrundlage zur Online-Durchsuchung sowie zur sogenannten Quellen-TKÜ erhalten, um unter engen Voraussetzungen in begründeten Einzelfällen – etwa zur Abwehr terroristischer Gefahren – Daten erheben zu können.

Die Online-Durchsuchung unterliegt der vollständigen richterlichen Überwachung. Mit der Online-Durchsuchung werden – bei

Bedarf auch über einen längeren Zeitraum – das Nutzungsverhalten der Zielperson überwacht und der Zugriff auf gespeicherte Inhalte zum Beispiel auf PCs oder Tablets ermöglicht. So können terroristische Strukturen aufgedeckt und Anschläge verhindert werden. Aber auch bei

rechtsextremistischen Netzwerken kann die Online-Durchsuchung unter Umständen nutzen. Gerade die Online-Durchsuchung wurde von verschiedenen Organisationen wie dem Journalistenverband in den Anhörungen zum SOG heftig kritisiert.

(Quelle: PM-IM/M-V)

> Verlängerung der Zusammenarbeit mit PolPublik

Die DPoIG M-V beschließt die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem Verlag PolPublik für weitere fünf Jahre. Die Vertragsverlängerung wurde durch den Landeshauptvorstand beschlossen und durch den Landesvorsitzenden Ronald Müller unterzeichnet. Die bisherige Zusammenarbeit mit dem Verlag wurde zuvor intensiv ausgewertet und zukünftige Kommunikations- und Kontrollinstanzen überarbeitet, um Fehlerquellen zu minimieren.



> LV Ronald Müller und Julia Wagner unterzeichnen die Vertragsverlängerung

Landesregierung fügt weiteres Puzzleteil zur Attraktivitätssteigerung im öffentlichen Dienst ein

Der dbb m-v und seine Bildungsgewerkschaften begrüßen den Kabinettsbeschluss zur Einführung der A 13/E 13 an Mecklenburg-Vorpommerns Grundschulen.

„Damit ist eine weitere Forderung des dbb m-v zur Steigerung der Attraktivität für etwa 2 600 Lehrkräfte in unserem Land erfüllt“, so dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht, „aber nicht nur die direkt betroffenen Lehrkräfte werden davon profitieren, sondern auch alle diejenigen, die sich erst noch für einen Beruf im Bildungsdienst interessieren werden. Ein wichtiges Puzzleteil als Wertschätzung und als Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Ländern ist durch die Landesregierung eingefügt worden. Das ist eine gute Nachricht für alle Betroffenen.“

Die Zusatzkosten durch die Einkommensangleichung

werden auf etwa 18 Millionen Euro beziffert. Die Finanzierung erfolgt aus dem jüngst verabschiedeten und auf vier Jahre gestreckten 200 Millionen Euro umfassenden Paket für bessere Bildung.

In den nächsten Jahren werden jährlich mehrere Hundert neue Lehrkräfte benötigt. Weiterhin wird die Ausbildung der Grundschullehrkräfte reformiert und von neun auf zehn Semester ausgedehnt werden. Die Universitäten Rostock und Greifswald steigern ihre Ausbildungskapazitäten in diesem Bereich.

„Wie mit Bildungsministerin Bettina Martin kürzlich abgestimmt, werden wir im Gespräch bleiben und gemeinsam

über weitere Schritte wie diesen beraten“, so Knecht anschließend.

Geburtstage im April 2020

Der Landesvorstand und die Kreisverbände der DPoIG Mecklenburg-Vorpommern gratulieren allen im Monat April geborenen Kolleginnen und Kollegen und wünschen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Erfolg für die weitere Zukunft.

Gleichzeitig bedanken wir uns für das vertrauensvolle Miteinander und freuen uns auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ein Jubiläum begehen in diesem Monat:

Thomas Harms
Mathias Thomsen
Sascha Langer

Wir übermitteln allen Geburtstagskindern die herzlichsten Glückwünsche, verbunden mit viel Schaffenskraft im neuen Lebensjahr und natürlich beste Gesundheit.

Der Landesvorstand

Die Kreisverbände